

Bezugspreis

Die Halle vierteljährlich bei postmässiger Aufstellung 2,50 Mk., durch die Post 2,85 Mk., ausserhalb Aufstellungsgeld. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Die amtlichen Zeitungs-Bezugsstellen unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Wird unterzogen eingehende Korrekturen bis zum 10. d. M. übergeben. Nachdruck nur mit Quotationsangabe „Saale-Zig.“ gestattet.

Verantwortlicher der Redaktion Nr. 1140: der Angelegenheiten-Abteilung Nr. 176; der Abrechnungs-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Lebenmündlerjäger Jahrgang.

Anzeigen

wenden die 6 gebaltene Kolonnenzeile oder deren Raum mit 20 Pf., solche aus Halle mit 20 Pf. berechnet und in weiteren Annahmestellen und allen Annoncen-Expositionen angenommen. Reklamen der Seite 75 bis 100, für Halle, anderwärts 1 Pf.

Ercheidet täglich zweimal. Sonntag und Montags einmal.

Verantwortlicher der Redaktion: Halle, Gr. Braubaustrasse 17; Nebengedächtnisstelle: Markt 24.

Nr. 323.

Halle, Sonntag, den 13. Juli

1913.

Die finanzielle Bedeutung der Deckung der Heeresvorlage.

Von Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, M. d. R. u. A.

Ueber einen Mangel an öffentlicher Teilnahme und Beachtung bei der Beratung der Deckungsvorlagen kann sich der Reichstag nicht beklagen. Er hat bei seiner Tätigkeit ein vollkommeneres Maß von Kritik empfangen. Unter dieser Kritik befand sich allerdings auch solche von der unfruchtbarsten Art, die ihre Ideen im stilleren Raum politischer Voraussetzungslosigkeit spazieren führt oder mit leeren Schlagworten hohe Stimmungsmache betreibt und die Begriffe „rationaler“ und „kritischer“ verwechselt. Auch war gerade sie in manchen Momenten nicht ganz unangebracht, weil sie den Gegnern der Gesetze, die sich aus den verschiedensten Lagern rekrutierten und zum Teil eben nur in ihrer gemeinsamen Gegnerchaft zusammenfanden, einen gemeinschaftlichen und dadurch verstärkten Rückhalt und Resonanzboden schuf. Aber schließlich ist all das verpufft, ohne erhebliche Spuren zu hinterlassen. In der Saupflichte war die Kritik von anderer und erfreulicherer Beschaffenheit. Auf theoretische Kenntnisse und praktische Erfahrung gestützt, deutete sie Mängel und Lücken auf, machte beachtenswerte Vorschläge, hielt den Reichstag auf Geschäftsheit und veranlasste ihn da, wo Fehler begangen waren, sie wieder gut zu machen. So erwies sie sich vielfach als positiv und schöpferisch, wie es jede richtige Kritik sein muß und lieferte trotz der scharfen Form, in die sie manchmal gekleidet war, doch eine höchst dankenswerte und nützliche Mitarbeit; um so mehr, als sie je länger desto entschiedener sich auch auf den Boden der politischen Möglichkeiten und Realitäten stellte.

Am glimpflichsten verfuhr die Kritik mit der Arbeit des Reichstags am 1. August. Hier war man von vornherein und allseitig darüber einig, daß insbesondere die vorgeschlagenen Stempel über Verbesserungen eine tiefgreifende Abschmähung und Wundheilung erfordern müßten. Was dann nach dieser Richtung geschah, wurde im allgemeinen gutgeheißen. Ebenso nahm die Öffentlichkeit wenig Anstoß daran, daß das Erbrecht des Staates aus dem Reichs-

Anmerkung. Wir geben heute dem Reichs- und Landesabgeordneten Schiffer, der an der Besprechung der Deckung für die Heeresvorlage in hervorragender Weise beteiligt war, das Wort, um die finanzielle Seite der Finanzreform zu würdigen, nachdem der Abgeordnete Hofmann an gleicher Stelle vor acht Tagen die politische Bedeutung darzulegen hat. Die Darlegungen Schiffers werden wie diejenigen Hofmanns sicherlich allgemeinem Interesse begegnen, selbst wenn man hier und da nicht ganz dem Verfasser zustimmen will. Red.

Feuilleton.

Serientage in Holstein.

Von Joachim von Bülow.

Die Luft ist die von lauter Sauerstoff und Friedebucht. Da ist auf Meilen keine Fabrik, die sie verpestet, und wo einmal ein Schnitzstein raucht, riecht es anheimelnd nach Holzfeuer.

Es ist so still, daß ein Föhnensturm wie ein Trompetenschlag klingt, und das Summen der Bienen zum Gebrausch wird. Es ist gar nicht wahr, daß die Menschen auf dem Lande laute Stimmen haben, im Gegenteil sie unterhalten sich auf weite Entfernungen, wie wenn sie nebeneinander stünden. Denn es ist kein Lärm zu überhören.

Vor dem Gutschaus führt der Weg vorbei zu den Wirtschaftsgebäuden. Jeder muß vor dem Auge des Herrn polieren. Da ist es Sitte, obwohl sich beide Teile schon von weitem sehen, daß der Vorübergehende in jenem Schönen, dem Landmann eigenen, vorübergehenden Gang bis an eine bestimmte Stelle geht, wie wenn niemand sonst auf der Welt wäre. Dann erst wendet er den Kopf, läßt die Mißlie und nach einem „Gut Tag“ verneigt er wieder in seinem tiefinnig schwebenden Nichtsdenken. Oder er denkt: „Hut gibt 't Hering mit Lütten“ oder „Dns Sau ha 'ein Garten“ oder „Morgen ist Einbag“...

Unter den Obstbäumen und Kastanien liegt es wie frischer Schnee nach dem gestrigen Regen. „Sechs Millimeter“, sagt bescheiden der Gutschaus. Ich folgte dem Ton in seiner Stimme und freute mich ebenfalls mit ihm, obgleich ich nicht ohne, wieviel Millimeter nötig sind, und obwohl mir die sechs Millimeter schon recht viel erscheinen, jedenfalls ausreißend, um mir einen Serientag zu verdienen. Denn wenn es regnet, ist es scheinlich fast in solchen ebenerdigem Landschaften, und die Räder dringt durch alle Fugen und jede offene Ritze ein und die feuchten Räder auf der Diele sind ungemütlich.

Manchmal klingelt das Telefon auch hier draußen. Aber es geht mich nichts an. Die ersten Tage glaube ich es noch nicht so recht. Wer immer ist es der Doktor, der einem Patienten die Vorschriften übermittelt oder der Viehhändler, der verlangt, den letzten Preis zu drücken und am Telefon

der finanzpolitischen Aktion ausgehoben und in das Gebiet juristischer Ausgestaltung verweisen wurde, wo es im Herbst die seinem gesunden Grundgedanken gebührende Ausgestaltung erfahren soll. Auch die Verringerungen im Finanzwesen, die einerseits in der Aufhebung des Schenksteuergesetzes und dem Abbau der Grundwertungssteuer, andererseits in der Erhöhung der geltenden Erbschaftsteuer, der Aufrechterhaltung der Zucksteuer und der Verlängerung der Geltungsdauer des Umsatzsteuergesetzes bestanden, fanden überwiegender Billigung und Zustimmung; die Aussicht auf Befreiung jener mißliebigen Gesetze versöhnte manchen mit dem Verzicht auf die bestmögliche Aufhebung der Zucksteuer und der Umsatzsteuer.

Sehr scharf setzte dagegen die Kritik bei der Methode ein, nach der der Reichstag die Behandlung des Vermögenserwerbs vornahm. Die Form und der Umfang der Heranziehung des Einkommens, die Staffelung der Sätze, die Doppelbesteuerung der Aktiengewinnsteuern, die Wertermittlung, die Strafandrohungen — das und manches andere führten zu erregtem Widerspruch aus den mannigfaltigsten Kreisen. Der Reichstag hat diesem Widerspruch, wenn auch nicht überall, so doch in großem Umfange Rechnung getragen. Der für viele Leute, die bei mäßigen Einkommen von der Hand in den Mund leben, wie ein Hohn anmutende Versuch, sie durch hohe Multiplikation zu Kapitalisten zu stampeln, wurde aufgegeben; die Besteuerung der Aktiengewinnsteuern wurde in eine erträgliche und klare Form gebracht; die Ermittlung der Grundstückspreise erhielt eine elastische und Stadt und Land möglichst gleichmäßig berücksichtigende Ausprägung; und das Strafenstigma wurde auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt. Die Erregung stante dann auch hinsichtlich ab, und mehr und mehr griff gegenüber Mängeln, die das Gesetz noch immer aufweist, die Erkenntnis Platz, daß einmal solche Mängel leichter vermischt werden können, weil es sich eben nur um eine einmütige Aufgabe handelt, und daß vor allen Dingen eine Milliarde nur einmal nicht besetzt werden kann, ohne daß tiefe Einschnitte in das wirtschaftliche Leben gemacht werden. Besserer aber vorgezeichnete man sich, daß der Fiskus die aufgetragenen großen Summen doch nicht in den Strumpf steckt, sondern wiederum in die Kanäle des wirtschaftlichen Lebens gelangen läßt; und wenn sie am letzten Ende freilich auch nur zum Teil als unmittelbar produktiv wirkend angesehen werden können, so werden sie doch, ganz abgesehen von dem aller Produktion mittelbar zugute kommenden Zwecke der Erhöhung der nationalen Sicherheit, auch durch den beherrschenden Einfluß, der auf lange Zeit hinaus auf viele ihrer Zweige ausgeübt wird, für sie von nicht zu unterschätzendem Vorteil sein.

Wie für die politische, so stand auch für die finanzielle Betrachtung im Mittelpunkt der Kritik das Versteuern der Güter. Dabei kann hier unerörtert bleiben die Frage, ob es nicht überhaupt durch veredelte Matrilinearbeiträge

mehr Mut hat wie der Ware gegenüber, gehen schwerer mit allen Fäden, daß er noch nie ein so minderwertiges Pferd gesehen, und heute, nachdem er es glücklich erstanden, schwört er dem Nachbar, dem er es aufhängen will, mit gleichen Beteuerungen seine Untadelbarkeit.

Frägt man den Landmann, wie es geht, so sagt er immer: „zu viel“ oder „zu wenig Regen“, und von dem Grade hängt seine Laune und seine Gelandschaft ab. „Auf keinen Fall“, sagt er, „ich glaube, sie werden sich nicht so leicht finden, wie bei den Schweinen, denen sie sich menschlich am nächsten fühlen, und dienen dazu, die unvermeidlichen Reste der Herrschaft dahin zu fördern, wo sie liegenbleiben und befruchtend wirken lassen. Sie hülfen sich durch solche Arbeit aehrt und aehren und obliegen ihr mit Eifer und Pflichtgefühl. Nur Montags nicht, denn am Montag besäuft sich der Erbtrottel, weil er im Krug der dankbaren Dorfbewohner zur Wirtshaus die Zeit verbringt.“

Dann ist da der Schneider, ein Einbein auf Krüden, der sämtliche Hofentwürfe besser kennt als die Gesichter der Herren. Auch er läuft, und wenn er im Umkreis von drei Meilen eine Gelegenheit erspäht.

Neulich traf er auf einen anderen Krüdenträger, gleich ihm betrunken. War es Meid oder sonst was, nach kurzem waren sie in Kampf und Schwangere ihre Krüden gegeneinander wie Dreckschiff, bis sie mit blutenden Köpfen gestrennt wurden. Ein Bild, wie es nur Gossa hätte geben können!

Ueberall quillt neues Leben. Von allen Seiten hört man die Lockrufe der Vogelwelt. Die Fische, die auf unzählige Entenerien gefahren, meandern nun betrieblig und mühevoll gluckend am Tümpelrande auf und ab, während ihre ungeratenen Kinder sich in dem nassen Elemente tummeln. Ein halbmissiges Mädel treibt ihre jungen Geißel vor sich her, die noch ganz eckig sind, und die Schweineföhner quieken und grunzen es von lauter fröhlichen wehregenen Ferkeln, die frisch aus einer kleinen Ude herausquellen, mit dem viel größeren Föhner lustige Kämpfe ausführen und sich bei Annäherung fremder Personen wieder in die schützende Kiste retten, wo Mutter Sau faul und trübselig auf der Seite liegt, und „Koff“ sagt.

Röhren und Röhren leben in der warmen Sonne. Ihre Spiele sind oft vornehm und gleichen lebendigen Affen. Wehe dem Röhler, der sich in ihre Koppel wagt! Die ganze Schaar rümpelt auf ihn los und er muß sich eilends vor ihren plumpen Scherzen retten.

Auf der Weide steht und liegt das schwerhufige Rindvieh. Zweimal des Tages wird es in der „Regel“, einem

hätte ersetzt werden können. Die Kritik griff es sowohl als prinzipiales, wie als eventuelles Gesetz an. Nun mag zugegeben werden, daß gerade das, was die finanzpolitische Seite des Gesetzes bildet, zugleich die Quelle finanzieller Bedenken und Schwierigkeiten darstellt; die Zusammenfassung innerlich ganz verschiedener Steuerquellen zu einer Steuereinheit, die Zurückführung sehr ungleichartiger Steuerobjekte auf einen gemeinsamen Generalnenner. Das Besteuerungsobjekt umfaßt gleichzeitig sowohl das Vermögen, das, wenn auch durch Vermittelung des einzelnen, dem gelamten Kolle neu zuwächst, als auch dasjenige, das nur dem einzelnen zuwächst und lediglich eine Verchiebung, nicht eine Vermehrung des Volkseinkommens bedeutet; sowohl das Vermögen, das durch Rechtsvorgänge unter Lebenden, wie dasjenige, das infolge von Todesfällen zuwächst; sowohl das Vermögen, das durch Arbeit geschaffen und durch Entlastung vermehrt wird, als auch dasjenige, das der Beförderer mißloos und ohne die Notwendigkeit, sich Entbehrungen irgendwelcher Art aufzuerlegen, erwirbt.

Eine andere Einteilung nimmt die Begründung der Regierungsvorlage vor; wie sie guttend ausführt, umfaßt der nach ihr der Besteuerung zu unterwerfende Vermögenszuwachs

- a) den Vermögenserwerb auf Grund von Rechtstiteln, die dem Erbrecht angehören, sowie auf Grund von unentgeltlichen Zuwendungen unter Lebenden,
- b) den Vermögenserwerb durch Spekulationsgewinne und infolge sonstiger Glückszufälle (z. B. Lotteriegewinne),
- c) die Erhöhung des Vermögenswertes durch eine Wertsteigerung einzelner Vermögensgegenstände, z. B. Grundstücke, Wertpapiere (Konjunkturgewinn, Wertzuwachs im engeren Sinne),
- d) die Vermögensbildung aus erpartem Einkommen (Umwandlung von Verbrauchervermögen in Verbrauchervermögen).

Von diesen Unterscheidungen kamen für die Öffentlichkeit hauptsächlich auf der einen Seite die Besteuerung der Erbschaften, auf der anderen die des Vermögenszuwachses unter Lebenden in Betracht. Die Angriffe richteten sich fast durchweg nur gegen eine der beiden Kategorien. Die einen verwarfen die Besteuerung der Erbschaften, bemängelten dagegen nicht die Besteuerung des anderweitigen Vermögenszuwachses; die anderen lehnten letztere ab, billigten dagegen die in der Zuwachsbesteuerung enthaltene Erbschaftbesteuerung. Nun war für die verbündeten Regierungen wie für den Liberalismus der Verzicht auf die Einordnung der Erbschaften unter dem Begriff des steuerbaren Vermögenszuwachses, ganz abgesehen von anderen Gründen, schon deshalb wünschenswert, weil nur durch diese Einbeziehung der Grundgedanke einer allge-

gewöhnheitsmäßig so genannten, sonst nicht besonders gekennzeichneten Klasse gemolken.

Tausend Liter den Tag hier. Schöne, reine, dicke Milch. Wieviel Liter gibt das in der Großstadt? Ein Rechenbeispiel. Ein alter Tagelöhner steht wartend, bis der Herr in seine Nähe kommt: „Se, Herr, heil will je ja zu freigen.“ Ein jünger Roman in ein paar Worten.

Besser ist die sogenannte Moral auf dem Lande auch nicht, aber gelinder, normaler. Da gibt es keine Geheimnisfrämer. Täglich steht man, wie es das liebe Vieh treibt und dabei geht und sich vermehrt. Warum soll der Mensch es besser oder schlechter haben?

Aber auch neue Fragen tauchen mir auf: Warum z. B. klappern die Störche? Sie tun es ganz ohne Zusammenhang, wenn sie allein sind, oder auch zu zweien. Frau Störchin logar, während sie brütete, nicht etwa zur Begründung des Ehebruchs, oder um die Ablösung zu kommandieren. Vielleicht ist es eine Art Heiligmannakt.

Ober: Warum brüten in der Maschine ausgebrütete Föhner nicht selbst wie er? Gibt es da einen Zusammenhang durch die Eierfalle hindurch, wie zwischen Tristram Chaudus Onkel Toby und seinem Stiefsohn, von dessen Leben und Meinungen ich hier eine entzückende 135jährige Ueberlieferung mit Hogartischen Stellen finde, mit regenden, atmosphärischen Ausdrücken, wie „Sprudelföhner“ (was sonderlich wie sprudelnde Bewegungen), „Föhnerföhner“ für Irrsüchtiger und „Kommerföhner“ für ein unerschöpfliches Gedächtnis.

Die Kopfbedeckungen der Landbewohner haben Formen, die die Kopfbedeckungen der Städtebewohner suchen würde. Woher ist die nur bekommen? Schade, daß sonst eine Bauerntracht sich vollständig verliert. Sie wäre auch ein Mittel gegen die Landflucht. Liebe zur Heimat weckend. Aber unter norddeutschen Bevölkerung sind die Kreuze an der Farbe. Wenn man irgendwo ein lustiges Tuch sieht, gehört es sicher einer Polin. Wie schön sind diese absoluten Tiere mit ihren edigen Köpfen, dem frohblonden Haar unter dem blauen Kopftuch! Kultur und Schönheit haben nichts miteinander zu tun. Schönheit scheint nur da zu sein, wo die Natur Meinschereherrin bleibt. Ihr sich nähern, macht schön. Ihren Extrakt finden, ist Kennzeichen des Künstlers.

Einmal täglich kommt die Post. Um 11. Dann ist das Tagemerk schon getan. Was sind mir modernen Menschen doch für Entanen unseres Fortschritts! In der Stadt richtet man sich nach dem ersten Volk mit seiner Arbeit. Hier ändert keine Nachricht etwas am täglichen Leben. Zweimal täglich geht irgendwo, ein paar Meilen entfernt, eine Klingelbahn ins große Leben, das doch so kleinlich ist...

meinen Besitzsteuer verwirkt werden konnte, bei Befehl des Antrages Bassermann-Erberger der ganzen finanziellen Aktion von vornherein Ziel und Richtung gegeben hatte. Ohne die Besteuerung der Erbschaften wäre die Zuwachssteuer nicht das, was sie ist und sein muß: eine allgemeine Besitzsteuer. Der Zuwachs unter Lebenden fällt nicht unter den Begriff des allgemeinen Besitzes, weil eben nicht jeder Besitz einen solchen erfährt und deshalb, obgleich oft trotzdem leistungsfähig, doch von der nur auf den Zuwachs angelegten Steuer nicht erfaßt wird. Erst dadurch wird diese Steuer zu einer allgemeinen, daß sie auch den Uebergang des Vermögens im Todesfalle ergreift, weil dieser Uebergang in der Tat sich früher oder später bei jedem Vermögenden vollzieht, das in der Hand einer physischen Person ist. Erst dadurch also, daß die Vermögenszuwachssteuer auch den Zuwachs von Todeswegen in sich begreift, wird sie zu einer allgemeinen Besitzsteuer; durch dieselbe Lastade aber werden zum erheblichen Teile die Bedenken entkräftet, die gegen die Besteuerung des Zuwachses unter Lebenden daraus entnommen werden, daß er nicht allgemein jeden Besitz trifft. Denn von dem auf rund 100 Millionen geschätzten Ertrage der neuen Steuer dürften etwa 41 Millionen auf die Besteuerung der Erbschaften entfallen. Von dem Rest von 59 Millionen gebören zwei-fünftels ansehnliche Beträge zur Besteuerung der Spekulations- und Konjunktur-Gewinne, die einer besonderen Schenkung sicherlich nicht bedürftig sind. Für die Besteuerung des nicht verbrauchten Einkommens, das man sich allerdings auf eine solche Schenkung Anspruch machen kann, bleibt also nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag übrig. Im Einklang damit liegt die geringfügigkeit der Steuerhöhe und die enge Begrenzung, innerhalb deren die Zuwachsbesteuerung eintritt. Sie trifft ein Vermögen von mehr als 20 000 Mk. und einen Zuwachs von mehr als 10 000 Mk. voraus, esse überhaupt von einer Besteuerung die Rede ist. Sie beginnt mit 0,75 vom Hundert des Zuwachses von 10 000 bis 50 000 Mk. und endet mit 2,50 vom Hundert des Zuwachses, welcher Höchsthoch jedoch nur dann eintritt, wenn der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens den Betrag von 10 Millionen und der Zuwachs den Betrag von 1 Million Mark übersteigt. Diese minimalen Steuerhöhen werden aber nicht etwa für ein Jahr erhoben, sondern auf drei Jahre verteilt, so daß ein Zuwachs von 10 000 Mk. bei einem Grundvermögen von 20 000 Mk. drei Jahre hindurch je 25 Mk. zahlt. Mit diesen drei Zahlungen hört aber die Besteuerung des von ihnen erfaßten Zuwachses für ewige Zeiten auf, denn eine neue Zuwachssteuer tritt nur ein, wenn der jeweilige höchste Vermögensstand wiederum überschritten wird, so daß alle seine Bewegungen unterhalb dieser Grenze niemals zu einer neuen Besteuerung führen. Damit entfällt auch der Vorwurf einer Besteuerung der Kurschwankungen, ein Vorwurf, der deshalb gegen eine Vermögenssteuer ebenfalls mit erheblicher mehr Recht erhoben werden könnte als gegen diese Art der Vermögenszuwachssteuer. Entfällt aber nicht überhaupt bei einer solchen Ausgestaltung und Selbstbeschränkung der Besteuerung der Hauptteil aller Anlagen, die gegen die Schaffung des Gesetzes erhoben worden sind? Kann man hier wirklich noch von einer drückenden Besteuerung des Fleißes, der Sparamkeit, der Kapitalbildung sprechen? Und soll man den Verbundenen ernst nehmen, die von sonst beachtenswerter Seite dahin gebracht worden sind, daß die Zuwachssteuer, den im Entschieden begünstigten Wohlstand mit vielfacher Wucht trifft; daß sie „den arbeitenden und sparenden Schichten das Herankommen zu Besitzstand und Wohlstand erschwert“; daß sie „schwere Schädigungen für die weitere Entwicklung des deutschen Volkswirtschafts“ erwarten läßt; und daß durch sie „das Reich mit talender Saft dem finanzpolitischen Abgrund zutreibt“? Man sollte mit derartigen aufreizenden Redewendungen doch wohl etwas vorsichtiger umgehen. Die Herren, die sie anwenden, brauchen übrigens nur einige Blätter in der Weltgeschichte anzuwenden, um sich zu überzeugen, daß sie ihre Waffen aus dem Arsenal derjenigen entnehmen, die sie stets als ihre grundsätzlichen Gegner bekämpft haben und noch bekämpfen. Denn die Bedenken von der Besteuerung des Fleißes, der Sparamkeit und der Kapitalbildung, die übrigens, soweit sie überhaupt einen Sinn hat, bei jeder Einkommens- und Vermögenssteuer gleichfalls anzuwenden werden kann, ist ganz besonders oft im Jahre 1909 zur Bekämpfung der Erbschaftsteuer gebraucht worden; und die Gegner dieser Steuer können jetzt mit Recht darauf hinweisen, daß das, was sie nach dieser Richtung hin ausgeführt haben, namentlich von denen wiederholt werde, die sie damals dafür mit Sohn und Spott bedacht haben. Sehr treffend sagt auch der Abgeordnete v. Dewitz, „daß es sich primo loco nicht um eine Belastung der Sparer, sondern um eine steuerliche Schonung derjenigen handelt, die nicht sparen“.

„Sparen“ die Schätze sammeln.

Trotz alledem soll nicht geleugnet werden, daß dem Widerstande gegen die Besteuerung des Zuwachses unter Lebenden zum Teil auch ein berechtigter Kern zugrunde liegt. Er steht aber nicht jenseits davon, daß diese Vermögensart einer Besteuerung unterworfen werden, als vielmehr darin, daß andere Vermögensarten, die ebenso leistungsfähig sind, einer ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Besteuerung nicht unterworfen werden. Das wäre indes nicht ein Fehler der Vermögenszuwachssteuer, sondern ein Mangel des Gesamtsteuerrechts. Ein sicherlich nicht unbedeutender Teil der vorhandenen Erzeugung kommt auf Rechnung der Ueberzeugung, daß die Veranlagung desjenigen Vermögens, das einen nur geringen oder gar keinen steuerbaren Zuwachs erfährt, nämlich des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, nicht überall den Grundfragen steuerlicher Gerechtigkeit entspricht und damit dieser Vermögensart eine bevorzugte Stellung gibt, die weit über das hinausgeht, was durch die Besteuerung des Vermögenszuwachses an sich mit Recht bezweckt wird. Das ist aber auch vom Reichstag nicht verkannt worden. Vielmehr bezieht sich gerade hierauf die von ihm gefasste Resolution, durch die der Reichsanwalt ersucht wird, „dahin zu wirken, daß bei der Ausführung des Besitz-

steuergesetzes die Veranlagung nicht den Behörden und Beamten der allgemeinen Verwaltung, sondern besonderen finanz- und steuerförmig ausgebildeten Beamten übertragen wird.“

Hier kann, mag und soll der weitere Kampf einleiten. Aber der Aussichts auf das, was durch ihn noch erreicht werden muß, braucht uns die Freude an dem Erreichten nicht zu trüben.

Die Alarmpmeldungen aus Bulgarien.

In Bulgare ist eingetroffene Privatmeldungen berichten andauernd, daß in Sofia und Philippopol Aufzühr herrsche, der auf ganz Bulgarien überzugreifen droht. Es sei zu Zusammenstößen mit Truppen gekommen. Die Truppen hätten Salven abgegeben, so daß es zahlreiche Tote gab. Auch das Palais des Königs sei umringt, gegen Danew habe ein Unbekannter einen Schuß abgefeuert. Extrablätter in Bulgare verbreiten sogar die Meldung, König Ferdinand sei wegen der allseitigen Mißfolge durch das erbitterte Volk ermordet worden.

Bestätigt sind diese Meldungen in keiner Weise, so daß man gut tut, ihnen keinen Glauben beizumessen.

Inzwischen gehen die Bemühungen um Beilegung der Feindseligkeiten fort. Griechenland soll allerdings dazu nur unter sehr scharfen Bedingungen für Bulgarien bereit sein. Benachrichtigt wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Athen gemeldet:

Auf die Frage, ob noch mit einer längeren Dauer des Krieges zu rechnen sei oder ob die von der Presse angekündigten Vermittlungsversuche gewisser Großmächte zur Herbeiführung des Waffenstillstandes tatsächlich bevorzugen oder schon erfolgt seien, erklärte Ministerpräsident Venizelos, der Krieg werde fortgesetzt werden, bis Bulgarien seine Forderungen anerkenne und offiziell den Frieden nachsuche. Ein eigentlicher Schritt zweier Mächte im Sinne des Waffenstillstandes, wovon ausländische Blätter zu berichten wußten, sei bisher in Athen nicht erfolgt, wenn aber Bulgarien Truppen abgezogen hat und um Waffenstillstand bittet, es sei notwendig, daß nach diesem in rascher Folge der Abschluß des Fortschritts und des endgültigen Friedens erfolge, damit Bulgarien nicht Gelegenheit zu neuen dolothen Handlungen habe, wie sie seine Bundesgenossen leider zu oft kennen gelernt hätten. Die Bedingungen, die Griechenland und seine Verbündeten später Bulgarien stellen würden, müßten im Hinblick auf die im jetzigen Kriege gebrachten Opfer an Blut und Geld und je nach Dauer des Krieges wesentlich verschieden sein von den vor Monaten formulierten Ansprüchen. Wäre doch auch Bulgarien im Falle des Sieges zweifellos mit den härtesten Bedingungen hergetroffen. Die Frage der Verteilung des von der Türkei eroberten Gebietes würden die jetzigen Bundesgenossen direkt mit Bulgarien regeln.

Die Veröffentlichung bulgarischer Geheimdokumente.

London, 12. Juli.

Der serbische Geschäftsträger in London überlieferte gestern den Londoner Zeitungen als erstes der bulgarischen Geheimdokumente, deren Veröffentlichung durch die Steger angekündigt worden war, eine Photographie und Uebersetzung eines Befehls des Kommandeurs der zweiten Brigade der vierten bulgarischen Division von Prewan an seine Truppen, datiert vom Sonntag, 16./29. Juni, in dem befohlen wird, in den folgenden Tagen die serbischen Truppen anzugreifen. Das Original des Befehls fand man im Archiv des 31. bulgarischen Infanterieregiments von Warna, das bei der Niederlage der Bulgaren vollkommen aufgeföhrt wurde. Der Angriffsbefehl wäre danach also zur selben Zeit gegeben worden, zu der die bulgarische Regierung erklärte, sie sei bereit, den serbisch-bulgarischen Konflikt friedlich zu lösen.

Die Lage des bulgarischen Heeres.

Wien, 12. Juli.

Wie die militärische Rundschau meldet, hält sich das Gros der bulgarischen Armee in einer Linie östlich von Gros-Palanka und Peshikovo. Abteilungen der bulgarischen Hauptmacht, die bisher der serbischen ersten und dritten Armee gegenüberstanden, sollen zur Unterstützung der Armeegruppe des Generals Zwanow abgezogen worden sein. — Die Militärische Korrespondenz meldet aus Konstantinopel: Die bulgarischen Truppen vor Schabatschi verlassen ihre Stellungen unter Zerföhörung der Schienenwege.

Die Haltung der Türkei.

Konstantinopel, 12. Juli. Der „Lamin“ meint, nach dem Einmarsch der rumänischen Armee in Bulgarien müsse auch die Türkei marschieren, um ihr Recht durchzusetzen und eine vollendete Tatsache zu schaffen.

tische Jahr zu verlegen wäre. Die gepflogenen Verhandlungen sollen dem Vernehmen nach sich für die letztere Ansicht entschieden haben.

Ein offizielles Wort an die Konföderativen.

Das Blatt des Reichsanwalters, die „Nordd. Allg. Ztg.“, beschäftigt sich in ihrem Wochenrückblick wieder an erster Stelle mit der Haltung der Konföderativen zur Deudungsfrage. Sie führt aus:

„Die Presse hat die Erörterung über die Deudungsbedingungen nicht abgeschlossen. Die „Schlesische Volkszeitung“ hatte in einer Polemik mit der „Deutschen Tageszeitung“ die Mitteilung gemacht, daß die maßgebendsten Stellen der Regierung in Vorbesprechungen teilsweise Zweifel darüber gelassen hätten, daß sie die reines Erbschaftsteuer von einer heftigen Mehrheit, in der auch die Sozialdemokraten hätten sein können, angenommen haben würden, wenn anders keine Verhinderung erzielt worden wäre. Daran knüpft die „Kreuzzeitung“ folgenden Kommentar:

„Wenn diese Angaben zutreffend sind, wie man annehmen darf, so muß man sich wohl annehmen, daß die maßgebendsten Stellen der Regierung die bisher bereits an der schiedlichen Haltung der Regierung machen müßten, nicht sehr gering, um das ganze Maß ihrer Nachgiebigkeit zu kennzeichnen. Sie hat danach trotz der Rede des Reichsanwalters von vornherein von jedem Kampf für ihre Vorlage abgesehen und war bereit, die Sozialdemokratie zum ausgesetzenden Faktor des ganzen Gelebungswerkes zu machen.“

Es ist, wenn man die tatsächliche Entwidlung der Deudungsfrage im Auge faßt, nicht leicht, den Gefankengang der „Kreuzzeitung“ zu verstehen. Wenn die Regierung die im Jahre 1909 von ihr vertretene reines Erbschaftsteuer nicht eingebracht hat, obwohl sie sich dadurch mancher Schwierigkeiten im Bundesrat erparat hätte, so war dafür der Wunsch mitbestimmend, den Parteien der Rechten die Mitarbeit an der Deudung zu ermöglichen und eine Entwidlung zu verhindern, bei der die Sozialdemokratie für die Deudungsfrage eine ausschlaggebende Rolle hätte spielen können. Dieser Wunsch ist erfüllt worden. Der größere Teil der Rechten hat die Rechte, welche die Regierung hat, betreten. Das es gelang, die Erhebung der Deudungsfrage durch eine bürgerliche Mehrheit zu erreichen, ist der Regierung, die den Weg gezeigt und den Kompromisspartei, die ihn betreten haben, zu danken. Wenn die Regierung dem Verlangen der Rechten, jeder reines Erbschaftsteuer von vornherein ein Annehmbar entgegenzusetzen und im Falle ihrer Annahme das Scheitern des ganzen Werkes in Aussicht zu stellen, nicht nachgegeben hat, so wird man wohl geneigt sein, einen Beweis der Schwäche nicht erblicken können. Die Frage, ob eine vom Reichstag beschlossene Erbschaftsteuer vom Bundesrat angenommen oder abgelehnt werden würde, würde erst auf dem Reichstag zu entscheiden sein, wenn der andere Teil der rechten Parteien der Haltung der Konföderativen gefolgt und ein Kompromiss auf der Grundlage der Regierungsvorlage nicht zustande gekommen wäre. Da eine solche Entwidlung dank der Einigkeit der bürgerlichen Parteien und der Bemühungen der Regierung vermieden wurde, scheinen uns die Bemerkungen der „Kreuzzeitung“ unangebracht zu sein.“

Die Aufstellung der Strafrechtskommission.

Es besteht die Absicht, die Arbeiten der Strafrechtskommission, die mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfes zum neuen Strafgesetzbuch betraut ist, bereits zum 1. Oktober d. J. zu beenden, da der Vorsitzende der Kommission, Geheimrat Professor Dr. Kauf, von diesem Termin ab infolge beruflicher Verpflichtungen an der Universität verhindert ist, den Vorhitz weiter zu führen. Aus diesem Grunde wird sich die Kommission auch bezüglich der Ferienpause besondere Bestimmungen auferlegen. Die Ferien werden nur vom 16. Juli bis 16. August dauern. Es war in der Presse die Rede davon, daß nach Abschluß der Vorarbeiten eine neue Kommission zum Einmütigen werden würde, die sich mit der Aufstellung des Entwurfes beschäftigen sollte. Das dürfte aber infolern nicht zutreffen, als zunächst die Bundesregierung Stellung zu dem Vorentwurf zu nehmen haben, der vorläufiglich Änderungen unterworfen werden wird.

Das Einführungsgezet zum neuen Strafrecht kann aber erst endgültig aufgestellt werden, wenn der eigentliche Strafgesetzbuchentwurf in seinen Grundzügen feststeht, was natürlich nicht hindert, daß entsprechende Vorarbeiten seit einiger Zeit im Gange sind. Die Kommission, die dann zusammentritt, wird nur aus Vertretern der beteiligten Kreise und Ministern bestehen. Die Arbeiten, die das Einführungsgezet an sich erfordert, dürfen wiederum an sich eine sehr umfangreiche Arbeitsleistung darstellen, da die Reichsgelebung, wobei sie von dem neuen Strafrecht berührt wird, mit den diesbezüglichen Bestimmungen in Einklang zu bringen ist. U. a. gehören auch die Bestimmungen über das Strafrecht des neuen Strafrechts sowie solche bezüglich der Aburteilung vorher benutzener Delikte in das Einführungsgezet. Schließlich müssen auch „Notizen“ zum neuen Strafgesetzbuch ausgearbeitet werden, deren Aufstellung auch zur Vorbereitung hat, daß die Grundzüge der Bestimmungen des Strafrechts festgelegt sind. Aber die Einbringung des neuen Strafgesetzbuchentwurfes hat sich bekanntlich der Staatssekretär des Reichsjustizamtes, Dr. Fisco, dahin geäußert, daß der Reichstag sich erst in seiner nächsten Legislaturperiode mit dem großen Gesetzeswerk wird befassen können, dessen Fertigstellung naturgemäß geraume Zeit in Anspruch nimmt.

Noch ein angelegentliches Mandat.

Gegen die Wahl des antientimittischen Landtagsabgeordneten Heins, der in Cassel-Land Wittenhausen über den fortwährenden Kandidaten K i m p e l -Cassel nur mit einer Mehrheit von 9 Stimmen flochte, ist Protest beim Abgeordnetenhaus eingelegt worden.

Der Reichstag sieht sich zunächst auf die Tätigkeit der Landtag zu qualifizieren der antientimittisch-bürgerlichen Kandidatur. Besonders der Landrat von Wittenhausen, der als schneidiger Konföderativer gilt, soll sich in diesem Sinne betätigt haben, indem er selber im Kreise herumreiste und für die Aufstellung der antientimittisch-bürgerlichen Wahlmänner Sorge trug. Hierfür ist es wohl auch anzunehmen, daß einige Bürgermeister, die als fortwärtliche oder bauerntimittische Wahlmänner gemählt waren, am Tage der Abgeordnetenwahl umfielen. Auch der Landrat des Casseler Kreises hat Bürgermeister zur Betätigung für die antientimittische Kandidatur aufgefordert, indem er ihnen gegenüber den Wunsch äußerte, sich als Wahlmänner für Heins aufstellen zu lassen.

Gerne erhielten am Tage vor der Abgeordnetenwahl

Letzte Depeschen.

Das Vordringen der Rumänen.

Bukarest, 12. Juli.
Wie der Kriegsminister dem König aus Sitkria telegraphiert hat, ist die Besetzung der Stadt gestern vormittag 11 Uhr erfolgt.

Bukarest, 12. Juli.

(Medung des K. R. Wiener Korrespondenz-Bureaus.)
Der Einmarsch in Rumänien vollzieht sich ohne Widerstand seitens der bulgarischen Truppen. Die Grenzlinie, wo der Einmarsch eingestellt werden wird, ist unbekannt. Wenn auch die rumänische Regierung in vollem Einklang mit dem König bezüglich der zu erreichenden Ziele durchaus in den Grenzen einer maßvollen und klugen Politik bleiben wird, so wünscht sie doch, daß die Ziele möglichst sicher werden.

Danew Anhänger des Friedens.

Sofia, 12. Juli.

In der Sobranje erklärte Danew, das gegenwärtige Kabinett sei stets ein Anhänger des Friedens gewesen. Die Regierung habe den Schiedsspruch des Kaisers von Rußland angenommen und dem russischen Gesandten ein Memorandum zugestellt.

Sofia, 12. Juli.

(Agence Bulgare.)

Gestern nachmittag erschien rumänische Kavallerie im Kreise Dobritsch. Heute befehden die rumänischen Truppen die Telegraphenstation Ichtin und rüsten gegen Dobritsch vor, wo zahlreiche Flüchtlinge zusammenkürmen.

Griechenland will weiter kämpfen.

Athen, 12. Juli.

(Medung der Agence d'Athènes.)

Auf den von Rußland mit Unterstützung Frankreichs und Englands in Athen und Belgad unternommenen Schritt zur Einstellung der Feindseligkeiten hat die griechische Regierung geantwortet, daß der Friede auf dem Schlachtfeld geschlossen wird.

Athen, 12. Juli.

Gerüchtwiese verlautet, daß die griechischen Truppen Drama und Debeagatis besetzt haben.

Belgrad, 12. Juli.

Infolge des Kriegsgegenstandes werden die für den Geburtsstag des Königs in Aussicht genommenen Empfänge nicht stattfinden.

Bulgarische Niederlagen.

Belgrad, 12. Juli.

(Presse-Bureau.)

Während des gestrigen Tages wurden die Bulgaren auf der ganzen Front von Zajchar Raboffitsch vertrieben. Bei Envi Palanta haben die Bulgaren einen Angriffsvorstoß unternommen und wurden mit großen Verlusten zurückgeworfen. Gegenüber dem energischen Vorstoß der serbischen Kavallerie sind die Bulgaren außer Stande, einen Stillpunkt zu finden. Sie lassen ihre Toten und Verwundeten zurück. Die serbische und die griechische Armee sind auf der Linie Ragowzi Strumiza in Stellung getreten.

Die Hesse des Kaisers.

w. Peterhof, 12. Juli.

Der Kaiser ist nach den finnischen Schären abgereist.

Berufung des Chirurgen His nach Wien.

Wien, 12. Juli.

Das Wiener medizinische Professorenkollegium hat nach kurzer Beratung beschlossen, den Berliner Kliniker Wilhelm His für die Besetzung der ersten medizinischen Klinik als Nachfolger v. Noordens unio loco vorzuschlagen.

Vermischte Brauchnachrichten.

Jugentleitung in England. Der Erzbischof nach London ist Sonntag nachmittag auf dem Bahnhof in Colchester eingetroffen. Der Lokomotivführer, der Heizer und der Zugführer wurden getötet, viele Reisende erlitten Verletzungen.

Attentat auf den Polizeimeister von Czernohau. Sonntagabend fand ein Attentat auf den Polizeimeister von Czernohau statt. Die Urheber des Attentats sind sieben politische Verbrecher, die in Untersuchungshaft waren. Noch mehrere andere Gefangene wurden zu entlassen. Es entspann sich ein Kampf mit der Wache. Ein Gefängniswärter und zwei Gefangene wurden schwer verletzt. Der Angriff ist mißlungen.

Bäder und Kurorte.

Bäderreisen. Wiesbaden bis 11. Juli 55011 Personen, Bad Nauheim bis 10. Juli 29119, Solbad Salzgemen (Türl.) bis 11. Juli 2516 Personen.

Rheinisches Maschinenbau, Elektrotechnik, Technikum Bingen, Automobilbau, Eisenbau, Maschinenbau, Professur Koppke, Oberlehrer Koppke.

Wahlunterbeamte, die als liberale Wahlmänner gewählt waren, ein Schriftstück ungeschickt, das am Kopfe den Titel „Richtige Eisenbahnverwaltung“ trug, und in dem ihnen mitgeteilt wird, daß sie im Interesse des Dienstes mit ihrer Bestellung rechnen müssen, falls sie die in der Fortschrittlichen Kandidaten wählen würden. Zwar war das Schreiben nicht unterzeichnet, aber es ist zweifellos von höheren Beamten der Eisenbahnverwaltung ausgegangen. Es versteht sich, daß auch nicht seine Wirkung: die in Frage kommenden Wahlmänner stehen der Abordnung wohl fern. Die Eisenbahnverwaltung wird wohl nicht umhin können, der Angelegenheit näherzutreten.

Im Reichstagswahlkreis Stuttgart

wird dem Prof. Dr. A. A. zufolge, dem eine Erziehungswissenschaftler werden. Der bisherige Vertreter, Reichstagsabgeordneter H. H. B. wird an Stelle des verstorbenen Dr. G. Zielich zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gewählt werden, sobald infolge des nach Berlin über und beabsichtigt, sein Mandat zum Reichstag und zum württembergischen Landtag niederzulegen.

Das zitierte Blatt bemerkt dazu: „Wenn man bedenkt, daß verschiedene sozialdemokratische Abgeordnete, die ihren ständigen Wohnsitz in Berlin haben, auswärts Wahlkreise im Reichstage vertreten, so wird man wohl zu dem Schluß berechtigt sein, daß der angegebene Grund nur ein Vorwand ist. Silbendank ist den Stuttgarter Genossen radikalere Forderung längt ein Dorn im Auge und von ihnen wiederholt aufs schärfste bestritten worden. Hierin dürfte die eigentliche Ursache seiner Mandatsniederlegung zu erblicken sein.“

Nach einem Rom und die deutsche Wissenschaft.

Nachdem erst vor 14 Tagen der hervorragende deutsche katholische Gelehrte Professor Sebastian Merkle in Würzburg die römische Verfolgungslust zu spüren bekam, indem sein in der „Wald Rundschau“ (Oktober und November 1912) erschienener Artikel über „Vergangenheit und Gegenwart der katholischen Theologie“ auf den Index gesetzt wurde, liegt nunmehr schon wieder ein neuer Aufsatz vor. Er führt schon seit seiner Berufung nach Tübingen im Jahre 1905 einen traurigen Kampf gegen die ultramontane Verkerzungslust. Die Professor Koch ist eine wahre Lebensgeschichte! Neuerdings hat einer seiner Hauptgegner, der päpstliche Hausprälat Rieg, unter dem Titel: „Vertrauliche Mitteilungen über den Fall Koch“ eine Denunziationschrift erscheinen lassen, die in Würtemberg großes Aufsehen erregt und aus den Universitätsvorlesungen Kochs den Beweismaterialien, daß er mit den römischen Dogmen und mit den päpstlichen Verordnungen über den Modernismus in bedeutendstem Widerspruch stehe. Nach Meldungen aus Würtemberg habe das bischöfliche Ordinariat die Kochsche Angelegenheit schon im Februar 1912 beim Ministerium anhängig gemacht und dem Hausprälaten Rieg den Auftrag erteilt, für das fernere Vorgehen und Nachverfahren das gesamte Beweismaterial zu sammeln. Ob wohl Koch mehr Widerstand leisten wird als in mancher katholische Theologie in ähnlicher Lage? Die berühmte „Kölner Rundschau“ aber äußert sich bei diesen Vorgängen in allen Tonarten aus!

Eine deutsche Protestnote.

Der Berliner Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ meldet: Er milde an laudabwürdige Anzeichen der deutsche Geschäftsträger am Mittwoch der chinesischen Regierung eine Note überreichen, in der gegen die Bestimmungen des russisch-chinesischen Abkommens über die Mongolei Befehl verweigert wird. Besonders wurde hervorzuheben, daß nach § 9 des Abkommens die russischen Konsuln Nachvollkommenheit haben, mit mongolischen Staatsbeamten oder anderen lokalen Behörden wirtschaftliche Konzeptionen für russische Residenten zu vereinbaren, die von den russischen Konsulaten oder in deren Abwesenheit von den Konsulaten selbst kontrolliert werden sollen. Daran folge, daß Deutschland nicht dieselben Rechte genieße. Korrespondent wurde dann der deutsche Geschäftsträger persönlich beim Auswärtigen Amt vorstellte und stellte die Forderung, die diesen wirtschaftlichen Rechte für Deutschland zu bewilligen.

In der Provinz Szechuan komme dazu, so meldet der Korrespondent weiter, daß Japan auf Verlängerung der Nacht von Fort Arthur bestehen werde.

Beschränkung der chinesischen Einwanderung in Kanada.

Aus Victoria in British-Columbia wird gemeldet, daß Kanada einen Vertrag mit China vorbereitet, der die Zahl der chinesischen Einwanderer auf 450 jährlich einschränkt. Obwohl jeder Einwanderer nur ein Jahr in Kanada bleiben darf, sollen jährlich Tausende von Chinesen nach Kanada.

Die Schwarsarbeiten an „S 178“.

Nach einem Telegramm aus Belgand ist das Vordersteil des Torpedoboots „S 178“ in der Nacht zum Sonnabend aus 13 Meter Wassertiefe, wobei man das Wrack südöstlich der Düne gesichtet hatte, von den Seebetrüben „Obersee“ und „Düster“ des Norddeutschen Bergungsvereins bis auf zwei Meter unter Wasser gehoben worden. Es wird von den Schweißern „Reiter“ und „Seedorf“ unter Hilfe des Werftamfers „Kraft“ nach Wilhelmshaven bugiert, wo die Ankunft infolge des außerordentlichen schwierigen Transportes erst am Sonntag nachmittag zu erwarten ist. Man hat den Segelrumpf, die Kommandobrücke und die Maschinen vom Deck des getrunkenen Bootes entfernt. Die Leichen können erst in Wilhelmshaven abgehoben werden, da die Eindringlinge der Taucher in dem Raum des Bootes nicht zu selbständig ist.

Vermischtes.

Der Millionensind auf dem Meeressand. Seit einigen Tagen sind wieder Veruche im Gange, um ein Gefäß zu heben, der auf dem Wrack der englischen Fregatte „Lutine“ seit über hundert Jahren auf dem Grunde der Nordsee liegt, und dessen Höhe sich auf über 24 Millionen Mark belaufen soll. Eine große Anzahl Goldstücke spanischer Prägung aus den Jahren 1797 und

1798 ist bereits an Tageslicht geschafft worden. Die „Lutine“ war ursprünglich ein französisches Kriegsschiff, das von den Engländern genommen wurde. Sie war am 9. Oktober 1793 von Varmouth mit einer 1217 000 Pfd. St. (24 340 000 Mark) betragenden Summe, die im Seeversicherung für eine Kontinentalmacht bestimmt war, in See gegangen, ging aber auf der Höhe von Looe in einem Sturm mit Mann und Maus unter. Im Jahre 1800 gelang es bereits, 2 1/2 Millionen des Schatzes ans Tageslicht zu fördern, während man diesmal den Rest des Schatzes auszuheben hofft.

„Krauterei“ in Wien. In der Wiener „Krauterei“ werden im nächsten Winter unter dem Namen „Krauterei“ Vorträge gehalten, die für alle werbenden Ehefrauen und Mütter von großer Bedeutung sind. Welch eine Fülle von Materialien in diesen Vorträgen behandelt werden, erkennt man am besten, wenn man einige der zu behandelnden Themen erfährt. Da spricht ein Arzt über „die wissenschaftlichen und praktischen Lehren für Küche, Kochkunst und Tisch“ mit besonderer Berücksichtigung der diätetischen Küche“. Ein anderer Vortrag behandelt das hierüber für Hausfrauen sehr wertvolle Thema: „Die ökonomischen und technologischen Momente beim Einbau von Stuhlmöbeln der Wohnung“. Weitere Vorträge betreffen die Kunst der Reinigung und des Verschmutzungs, Möbel, Körperpflege, Kleidung und Schuhe. Weiter Schmuck und Goldschmiedekunst wird ein Museumskursus sprechen. Daneben fehlen nicht beherrschende Vorträge über die soziale und rechtliche Stellung der Frau, über Säuglings- und Kinderpflege, sowie über die Probleme der ersten Erziehung. Schließlich sei noch erwähnt, daß von Professoren und Dozenten hygienische Vorträge gehalten werden.

Vom Massenmörder Hof wird aus Frankfurt a. M. berichtet: Durch die Untersuchung des Gerichtsamters ist jetzt festgestellt worden, daß der Mörder Hof, der bekanntlich bereits fünf Personen durch Gift ermordet hat, auch seine Mutter, die im Jahre 1911 starb, vergiftet hat. Vor einiger Zeit wurden, wie ermittelte die Mordtat, die Hof bei der Verurteilung der Staatsanwaltschaft ausgearbeitet und zur näheren Untersuchung an den Gerichtsamter übergeben. Dieser hat heute sein Gutachten dahin abgegeben, daß die Hof bedeutende Quantitäten von Arsenit enthält. Hof hat den Mord ausgeführt, um in den Besitz der Erbschaft seiner Mutter in Höhe von 30 000 Mk. zu gelangen.

Im dem Einbruch in das Geschäftsbüro des 76. Artillerieregiments in Freiburg i. B. sind mehrere nördliche Personen, die lang den Behörden, zwei des Einbruchs verdächtige Personen in Würzburg im Maß zu verhaften. Es sind dies der aus Würzburg gebürtige Jakob Strub-Moier und der Badener Keller. Beide wohnen schon seit einiger Zeit in Basel. Diese sind jetzt in Freiburg hinter Schloss und Riegel. Der dritte Kommande, ein Schweizer Angehöriger des Regiments, scheint ebenfalls über die französische Grenze entkommen zu sein, da er die beiden oben genannten Verdächtige, die den Einbruch veranlaßten, auf dem Hofen ergriffen wurden, bleiben den Behörden die unter anderen Umständen notwendig gewordenen Auslieferungsverhandlungen mit der Schweiz erpart. Die weitere Untersuchung des Falles geschieht durch den ersten Staatsanwalt in Freiburg.

Explosion. Im Keres hat in einer Fabrik von Feuerwerkskörpern eine Explosion stattgefunden. Die Frau des Fabrikanten und eines seiner Kinder wurden getötet; zwei weitere Kinder des Fabrikanten, er selbst und ein Arbeiter haben sehr schwere Brandwunden erlitten. Die Fabrik wurde zerstört. Die anstehenden Schüler stehen in Flammen.

Waternord. In dem württembergischen Dorfe Söbenbachloch hat sich ein Familien drama abgespielt. Der Bauernäcker Kurt imbandelte seine Frau. Auf die Silberne verließen elterliche Söhne herbei und ergriffen den Vater mit einer Hute.

Berliner Arbeiter in Rom. 600 Berliner Arbeiter sind unter Führung von Wohnungszweckmeister und dem Komiteevertreter Wander in einem Sonderzug in Rom angekommen. Unter den Arbeitern befinden sich ungefähr 250 Berliner Lehrer und Lehrkräfte. Die meisten Arbeiter wohnen im Hofplatz Sankt Martha beim Vatikan.

Das Ende eines Unholts. Im Mazauer Wald (Baden) verbrachte ein Unhold, dessen unglückliche Kinder an sich zu foden. Als auf das Gefährde der Kinder Leute hingekommen, feuerte der Verbrecher auf seine Verfolger, bis er zuletzt einen durch Brustwunden schwer einen anderen traf er ins Ohr. Später fand man am Waldrand die Leiche des Verbrechers, der vermutlich mit dem vor Jahresfrist aus der Strafanstalt ausgebrochenen Gleuner Wehlich identisch ist.

Gewerkschaftsbrandstifter. In Charbin ist die Polizei einer Verberberorganisation auf die Spur gekommen, die sich mehrere Jahre mit der gewerkschaftlichen Brandstiftung beschäftigte und zahlreiche Feuerherdungsgeellschaften geschädigt hat. An der Spitze der Verberbergesellschaft, deren Mitglieder verhaftet wurden, stand ein Charbiner Kaufmann namens Affshurin. Es wurde festgestellt, daß die Brandstiftungsgeellschaft bei den Verberberungsgeellschaften „Ihre“ Angestellten hatte, die unermitteltmäßig hohe Versicherungen auf Waren annehmen. Die Organisation verfiel sogar über eigene „Techniker für Brandstiftung“, so daß ihr dunkles Gewerbe lange unentdeckt blieb. Der Kaufmann Affshurin hat zwei Feuerherdungsgeellschaften im Laufe eines Jahres um weit über 1 Million Mark geschädigt. Die anderen Mitglieder der Gesellschaft haben sich in gleicher Weise ebenfalls um Millionen bereichert. Seit die Brandstifter verhaftet sind, haben die täglich stattfindenden Brände in Charbin plötzlich aufgehört.

Reiseverkehr.

Reiseverkehrs. Es dürfte noch nicht genügend bekannt sein, daß von vielen bayerischen Stationen nach Österreich und andere Gebiete bestehen, die zur Annahme gelangen, wenn Fahrkarten nicht vorgelegt werden. Dies ist besonders für Reisende von Wichtigkeit, die beispielsweise von Bayern über die Alpenpässe zu Fuß wandern wollen, ohne ihr Gepäck mitzunehmen. In München (Gautschi) besteht während der Hauptreisezeit ein österreichischer Zollamt, das auch die vollständige Behandlung von solchen Reisegepäckern ermöglicht. Hierzu werden die an der österreichischen Zollstation in München und Bogenhafen in den landwirtschaftlichen Grenzgebieten wesentlich erleichtert. Nähere Auskunft erteilt die Amtliche Auskunftstelle der Kgl. Bayerischen Staatsbahnen im Internationalen Öffentlichen Verkehrs-bureau in Berlin, Unter den Linden 14.

Leichtes Waschen durch Persils selbsttätige Waschmittel
weil kein Reiben und Bürsten, nur einmaliges 1/2-1 stündiges Kochen, sorgfältiges Ausspülen und die Wäsche ist fertig. Erfordert keine anderen Waschzusätze an Seife, Seifenpulver etc. da die selbsttätige Wirkung von Persil nur beohtrehtigen und dessen Gebrauch unnütz verteuern.
Überall erhältlich, niemals los, nur in Original-Paketen.
HENKEL & Co., DOSSELDORF. Auch Feinhandeln der alljährlichen
Henkel's Bleich-Soda

Vertrieb für Halle a. S.: Ernst Kiesling, Halle a. S., Halberstädterstrasse 5.

